



Renate Künast

»Die Kuh umzingeln«

Gespräch mit Wolfert von Rahden und Christoph Mielzarek

Frau Künast, was erwarten Sie als Politikerin von wissenschaftlicher Politikberatung?

Fakten, Zusammenhänge, Synapsen. Die Möglichkeit, von Fachleuten insbesondere Zusammenhänge und Wirkungsweisen zu erfahren. Ich glaube, dass Wissenschaft an der Stelle etwas leisten kann, was Politik nicht kann. Wenn ich ›Zusammenhänge‹ und ›Analysen‹ sage, meine ich, dass man damit ein Problem ›umzingeln‹ kann. Ein Problem einmal komplett umzingeln heißt, es mehrdimensional erfassen, räumlich, zeitlich, in der Höhe und Breite, die langfristigen Wirkungsweisen, sodass man die großen Zusammenhänge versteht. Beispielsweise CO₂, der Klimawandel und die Folgen des Klimawandels in allen Facetten, das sind höchst komplexe und komplizierte Zusammenhänge mit vielen Nebenwirkungen. Da in eine andere Welt eintauchen zu können und zu verstehen, das ist wissenschaftliche Beratung für mich.

Wie geben Sie mit unterschiedlichen wissenschaftlichen Stellungnahmen oder Gutachten um, etwa was den Klimawandel betrifft?

Mich stört es überhaupt nicht, wenn die Wissenschaft unterschiedliche Einschätzungen vorbringt, weil ich glaube, dass es nur wenige Wissenschaftsbereiche gibt, die so monokausal sind, dass alle zum gleichen Ergebnis kommen können und müssen. Die Tatsache, dass der Apfel, wenn er sich vom Baum löst, immer Richtung Erdmittelpunkt und nicht ins Weltall fällt, werden vermutlich alle gleich erklären. Dann gibt es Bereiche, zum Beispiel den Klimawandel, da sagt die übergroße Mehrheit: »man made«, und wenige Ausnahmen sehen es anders. Das nehme ich sehr wohl wahr, dass mehr als 95 Prozent es sich auf *eine* Art und Weise erklären und die anderen nicht. Ich überlege mir dann, um was es aktuell geht. Wenn mir neun von zehn Wissenschaftlern sagen: »Diese Farbe auf einer Quietsche-Ente ist gefährlich für Kinder«, dann mache ich mir gar keine Gedanken, ob

der Zehnte vielleicht recht hat. Da sage ich: »Hier gilt das gesundheitliche Vorsorgeprinzip: Verboten.« Sie sehen, dass in der Politik ein anderer Mechanismus gilt; ich muss mich nicht entscheiden, ob etwas wahr ist oder nicht. Meine Verantwortung als Ministerin oder Abgeordnete gilt dem Wohl des Volkes, also dem Schutz der Gesundheit. Wenn Verbote nicht greifen, gilt es eine Minimierungsstrategie zu entwickeln. Wenn ich aus meinem alten Ministerium ein Beispiel nehme: Acrylamid, das entsteht durch Braten, Rösten, Frittieren. Die Antwort kann nicht lauten, alle Pommes frites oder Bratkartoffeln dieser Welt zu verbieten!

Wir müssen also die Kenntnisse der Wissenschaft an die Lebensmittelwirtschaft weitergeben, damit die Hersteller die Kartoffelsorte wechseln und die Herstellungsverfahren verändern. Das wäre eine Minimierungsstrategie. Wenn also die Wissenschaft sagt, Acrylamid ist karzinogen, ist Politik verpflichtet zu handeln. Aber das risikofreie Leben gibt es nicht.

Das Leben ist lebensgefährlich ...

In vielen Politikbereichen steht die Abwägung über das Verhältnis von Folgen und Eingriff im Vordergrund. Als das BSE-Problem auftrat, da wusste ich zunächst nichts über dieses Thema. Ich ließ mir sowohl von der Wissenschaft als auch von Praktikern die Kuh erklärend umzingeln. Einmal rund ums Thema BSE. Denn auch in dem Fall gilt das Vorsorgeprinzip. Es gibt wenige Bereiche, in denen es im ersten Schritt darauf ankommt, ob und wer recht hat. Es gilt stufenweise vorzugehen, erste Maßnahmen zu ergreifen, weiteres Wissen einzuholen. Dann muss ich natürlich in eine Überprüfung einsteigen: »Woher kommt der Wissenschaftler, für wen arbeitet er? Ist er interessengeleitet?«

Wenn es darauf ankommt, wer recht hat: Gibt es eine Dignität oder eine Hierarchisierung des Wissens, oder anders for-



muliert: Wen fragt man zuerst? Die Universitäten, die Akademien, die Max-Planck-Gesellschaft, das Freiburger Öko-Institut oder NGOs?

Das Prinzip lautet: *Alle fragen* – das ist die Grundhaltung für Beratungssituationen. Wenn klar ist, dass verschiedene Wissenschaftler oder Forschungseinrichtungen mit verschiedenen Fragestellungen und Interessen an ein Problem herangegangen sind, dann muss man beispielhaft drei Leute aussuchen. Damit habe ich faktisch alle gefragt. Manchmal gilt es herauszufinden, wo der oder die Spezialistin sich befindet, in der breiten Wissenschaft, an den Universitäten und den Akademien. Daneben gibt es die nachgeordneten Forschungsbereiche, die Ressortforschung auf Bundes- und Landesebene, die bilden einen unverzichtbaren Teil der Forschung, weil sie ein Breitenwissen zur aktuellen Beratung haben, Recherchen qualifiziert lenken können. Der Wissenschaftsrat hat über die Ressortforschung Evaluierungen durchgeführt und kam zu dem Ergebnis, 15 Prozent könne man dort einsparen. Da sage ich, er hat den konkreten Bedarf im Alltag nicht verstanden. Sie brauchen in der Politik, wenn Sie Lebensmittelsicherheit, Gesundheitsvorsorge und Gefahrenabwehr garantieren wollen, jederzeit verfügbare Wissenschaftler. Politik braucht die Möglichkeit, zu sagen: »Da sind mir fünf Hühner von der Stange gefallen oder drei Enten vom Himmel, und jetzt muss schnell gehandelt werden.« Dabei geht es ja um hochpathogene Viren, die durch Mutation eine Pandemie auslösen können. Parallel zum Lehrbetrieb ist das nicht machbar. In Risikobereichen muss Ressortforschung vorhanden sein, die auch gezielt auf akute Fragen angesetzt werden kann.

Da passiert übrigens auch hervorragende Forschung mit Praxisorientierung. Wir haben zum Beispiel das Loeffler-Institut auf Riems, das gehört im Bereich Tierseuchenerkrankungen zu den vier, fünf besten weltweit. Vorsorgender Verbraucherschutz braucht eine solche institutionalisierte Beratung, die nicht von spezifischen wirtschaftlichen Interessen abhängig ist. Das gilt auch für das Bundesinstitut für Risikobewertung.

Das klingt alles sehr harmonisch. Aber in Ihrer Regierungszeit gab es zum Beispiel eine Kontroverse um Genmais, bei der unterschiedliche Stellungnahmen von der Zentralen Kommission für biologische Sicherheit (ZKBS) und dem Freiburger Öko-Institut gegeneinanderstanden. War das nicht so ein Fall, wo es darum ging, wer recht hat?

Wir hatten ständig Kontroversen. Wenn es nicht nur eine Sofortmaßnahme betrifft, sondern auch mittelfristige Prozesse eine Rolle spielen, ist jeweils nach den Interessen zu fragen. Was für Forschung in wessen Auftrag haben die Wissenschaftler gemacht, und wie war die konkrete Fragestellung? Politik sollte von der Wissenschaft nicht immer nur das Summary lesen. Erst wenn Sie die Fragestellung der Forschung kennen, können Sie Aussagen darüber treffen, ob das Gebiet hinreichend beforscht ist. Wenn mir einer zur Gentechnik sagt: »kein Problem«, dann frage ich natürlich: »Was und wie hast du denn geforscht?« In Sachsen-Anhalt gab es einen Großflächenanbauversuch für verschiedene Saatguthersteller. Für das Projekt wollten sie uns auch immer einwerben. Ich habe aber gesagt: »Ich will keine engen Fragestellungen für kurze Zeiträume, sondern nach jahrelangen Auskreuzungen, Auswirkungen auf den Menschen, die Artenvielfalt, den Boden fragen.« Man kann fragen, ob Gen-Mais 200 Meter weiter auf dem Nachbaracker auskreuzt – das wird dann einen Sommer lang beobachtet, und man kommt zu einem schönen Ergebnis. Die Alternative besteht in einer Beobachtung über mehrere Jahre, die auch im Blick hat, welche Auswirkungen es auf Artenvielfalt, auf das Grundwasser und ähnliche Faktoren hat. Auch Vögel und andere Tiere sowie der Wind müssen mitberücksichtigt werden. Das alles im Blick zu haben – das wäre dann für mich Forschung, die ihr Geld als Politikberatung wert ist.

Wenn man die Strukturen und die Art und Weise bedenkt, wie heute die Wissenschaft der Politik ihren Rat zur Verfügung stellt, hätten Sie da Ideen, wie die Zusammenarbeit besser aussehen könnte? In der Diskussion ist eine Nationale Akademie der Wissenschaften. Würde sie den Politikern eventuell mehr Unterstützung geben können? Viele erwarten von einer Nationalen Akademie, dass die Wissenschaft dann eher mit einer Stimme spräche und ihre Stellungnahmen mehr Gewicht hätten.

Die Idee einer Nationalen Akademie der Wissenschaften hat ihren Charme, aber jetzt kommt das donnernde »Komma, aber«: Warum und wie sollte sie mit einer Stimme sprechen? Ich meine, Wissenschaft lebt ja auch davon, dass es einen Widerspruch gibt, dass es auch mal eine Gegenthese gibt. Die eine Stimme kann man gar nicht wollen. In der Wissenschaft spielen auch Prognosen oder Wertungen und ethische Fragen eine Rolle. Wie soll man die vereinheitlichen? Schauen wir auf den Bereich



der roten Gentechnik. Einige Forscher sagen: »Was andere Länder können, müssen wir auch dürfen, weil rote Gentechnik ja zum Nutzen der Menschen und Gesundheit eingesetzt wird.« Andere Forscher sagen am gleichen Punkt: »Nein, da besteht eine ethische Grenze, die nicht überschritten werden darf.« Wer die einstimmige Wissenschaft vorzieht, unterstellt, dass Wissenschaft in allen Bereichen komplett wertfrei, ideologiefrei funktioniert – was eigentlich auch sehr traurig wäre.

Sie erwarten also eher Streitbarkeit als Einstimmigkeit von den Wissenschaften?

Ich erwarte vor allem Unabhängigkeit und Seriosität. Wir brauchen mehr Unabhängigkeit der Forschung, die derzeit immer mehr von der Wirtschaft und Lobbygruppen abhängig ist – da läge vielleicht der Charme einer Akademie. Auf den Universitäten und den Instituten lastet immer mehr Druck, Geld und Drittmittel einzuwerben. Und da finde ich, hapert es oft an Transparenz. Jeder Historiker, der Quellenforschung und Zeitforschung betreibt, muss fragen: »In welchem Kontext stand die Quelle? Welche Interessen waren dabei im Spiel?« Genauso muss man auch bei wissenschaftlichen Ergebnissen die Fragestellung und eventuelle Interessen berücksichtigen. Ich wünsche mir auch eine stärkere Trennung von Wissenschaft und der Vollzugsfrage.

Sagen wir mal so, die Wissenschaft sollte sich nicht anmaßen, die politische Umsetzung zu gestalten, und die Exekutive oder die Vollzugsbehörden sollten sich ebenso wenig anmaßen zu sagen: »Wissenschaft, zu dem Ergebnis kannst du nicht kommen, weil die Umsetzung dieses Ergebnisses zu teuer wäre.« Die Wissenschaft darf sich in ihrer Fragestellung und Ergebnisfindung gerade nicht beeindrucken lassen durch mögliche Vollzugskosten. So kann es sein, dass ein Forschungsergebnis plötzlich eine ganze Industrie lahmlegt. Aber wenn etwas gefährlich ist, dann ist es gefährlich, und die notwendigen Maßnahmen sind zu ergreifen. Deshalb brauchen wir auch eine Vielfalt der unterschiedlichsten Forschungsbereiche.

Gerade auf europäischer Ebene besteht hier ein Veränderungsbedarf. Statt stets alle Berühmtheiten zu versammeln, muss in die EU-Beratungsgremien endlich die Vielfalt der Wissenschaft geholt werden. Bei der Agrogentechnik ist es zum Beispiel besonders auffallend, dass eine Schiefelage besteht. Innerhalb der EU muss endlich auch die Mittelvergabe die Vielfalt und Breite widerspiegeln.

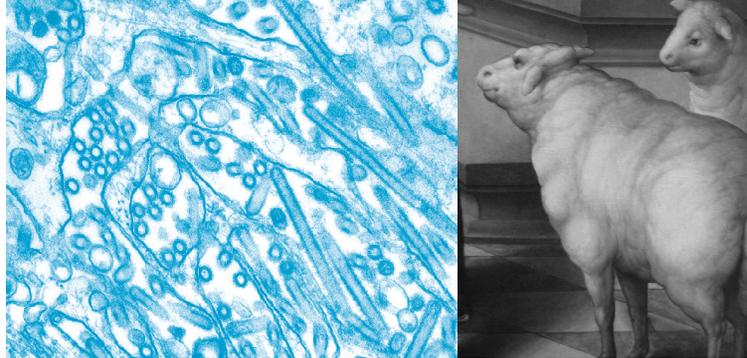
Wie einfach oder wie kompliziert gestaltet sich denn die Umsetzung von Forschungsergebnissen? Man könnte den Eindruck haben, die Erkenntnisse der Wissenschaft verflüchtigen sich auf dem Weg durch die Institutionen.

Politik ist Teil des Vollzugs. Es geht zunächst darum, Gesetze zu machen. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse müssen operationalisierbar gemacht werden. Es beginnt schon mit der Überlegung: »Wer ist eigentlich zuständig? Regele ich das kommunal, auf Landesebene, auf Bundesebene, auf europäischer Ebene oder muss ich und will ich – um es mittelfristig breiter zu lösen – es sogar auf einer internationalen Ebene angehen? Was wären die Werkzeuge dazu, die Mechanismen, die ineinandergreifen?« Es ist ja nicht so, dass es in der Politik einen einfachen Mechanismus gäbe. Beim Thema Klimaschutz zeigt sich die Vielfalt sehr deutlich. Da werden der Strombereich, der Wärmebereich und der gesamte Verkehrsbereich bearbeitet – national, europäisch, international. Das sind höchst komplizierte kommunizierende Röhren.

Wenn man annimmt, dass am Beginn der wissenschaftlichen Politikberatung das Nicht-Wissen steht, wie handeln Sie, wenn das Ergebnis ebenfalls Nicht-Wissen ist, weil die Antworten der Forschung nicht genügen? Es gibt vermutlich doch Situationen, in denen Sie eine Entscheidung fällen müssen, über deren mögliche Konsequenzen die Wissenschaft allenfalls unsichere Prognosen liefern kann. Wie geben Sie – wenn Sie verantwortlich sind – mit diesem Dilemma ethisch oder moralisch um?

Es gibt Bereiche, da hilft Ihnen nichts, aber auch gar nichts, kein Berater, kein Wissenschaftler, da müssen Sie am Ende – hic Rhodos, hic salta! – springen. Was erlauben Sie zum Beispiel, wenn es um Stammzellforschung geht? Das ist dann eine ethische Frage. Da kann ich mich lange beraten lassen, schließlich wirft es mich auf mich selbst zurück. Wo ist die Schwelle, bei wie vielen Zellen sage ich: »Das ist Leben, und es ist unethisch, damit zu experimentieren oder dies gezielt herzustellen.« Das sind ethische Fragen. Ich bin gewählt ins Parlament, weil ich ein Werte-Koordinatenkreuz habe und eine bestimmte ethische Haltung. Deshalb haben die Leute gesagt: »Von der möchte ich mich vertreten lassen.« Und dann ist man allein auf hoher See.

Laut Umfragen liegt die Glaubwürdigkeit von Wissenschaftlern sehr viel höher als die von Politikern. Wird die Wissenschaft aus diesem Grund zum Feigenblatt des Politikers, oder



verstecken sich Politiker hinter den Aussagen der Forscher, wenn es um unangenehme Themen geht? Nehmen wir den Fall, dass die Politik bereits weiß, was sie tun möchte, und sich dann aus Gründen der Legitimation dazu eine passende Expertise sucht oder eine genehme Kommission einrichtet.

Dass ein Politiker für seine Ziele Wissenschaftler einfach so einspannt, das sehe ich nicht, weil es nicht weit tragen wird. Den gesellschaftlichen Diskurs können Sie ja nicht einengen. Aber ich gebe zu, es wird doch hier und da versucht, auch durch die Besetzung von Beiräten. Aber meine Einschätzung ist grundsätzlich, dass unser Wissenschaftssystem viel zu wenig durchlässig ist: Es gibt nicht per se *die* Wissenschaft, und sie darf nicht allein durch die repräsentiert werden, die schon ganz oben sind.

Gibt es Mängel in der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik und daran anknüpfend in der Vermittlung an die Öffentlichkeit durch die Medien? Viele Bereiche, so hat man den Eindruck, entwickeln ihr je eigenes Kommunikationssystem und damit auch ihre eigene Sprache – das betrifft ja nicht nur die Politik, sondern auch andere Berufsgruppen. Könnte man sagen, dass da vielleicht auch noch Probleme liegen, oder denken Sie, dass die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik recht gut funktioniert?

Es gibt an verschiedenen Stellen zu wenig Durchlässigkeit. Im Bundestag gab es Kommissionen, Ethikkommissionen, die sehr gute Debatten hatten, deren Mitglieder sich gemeinsam in bestimmte Themen eingearbeitet haben. Die Enquête-Kommission, die sich mit dem Thema Stammzellen beschäftigte, zum Beispiel. Da saß ich stauend im Plenum, weil einzelne Abgeordnete aus allen Fraktionen zusammengearbeitet haben und sich dabei ein ungeheures Wissen aneigneten. Die Kommissionsmitglieder konnten uns vermitteln, an uns weitergeben, was sie gelernt haben. Das waren ›Übersetzer‹ für uns, weil da nicht der Wissenschaftler sprach – wie in einem, das darf ich mal sagen, Niklas-Luhmann-Text, wo du nach einiger Zeit fragst: »Was hat er zu mir gesprochen?« Diese Abgeordneten haben die Erwägungen von der einen in die andere Fachsprache übersetzt und sie operationalisiert für unsere Aufgaben. Gerade und besonders die Frage nach den ethischen Grenzen meiner Entscheidungsmöglichkeit. Die Abgeordneten waren als Übersetzer für uns tätig. Sie kannten sich in der Welt der Wissenschaft in diesem Punkt so gut aus, dass sie wie ›Weltenwechsler‹ waren – ›Weltenwechsler‹? Da gibt es doch bestimmt ein anderes Wort dafür ...

... warum sollte man nicht sprachschöpferisch tätig sein?

Ja? ›Weltenwechsler‹ – gut, es trifft auch die Sache. Das war wirklich beeindruckend, aber diese Art von Wissenschaftsvermittlung gibt es nicht oft. Deshalb ist es schade, dass die Bundesregierung die Ethikkommission zum Exklusivklub gemacht hat. Dahinter steht ein komplett falsches Denken, als würde man niedrige politische Erwägungen und Handlungsweisen in die Kommission holen. Einer idealtypischen Abgeordneten hilft es aber gar nicht, dass da quasi hinter großen Mauern Wissenschaftler beraten und dann etwas aufschreiben. Ich brauche einzelne Abgeordnete, die sich in diese andere Welt hineinbewegen. Es geht darum, dass jenseits der Fraktionszugehörigkeiten Leute sich die Mühe gemacht haben, für das ganze Parlament in Kernfragen tiefer einzusteigen. So etwas passiert eigentlich zu wenig. Es entspricht auch nur begrenzt der deutschen Parteien- und Politikkultur, in den USA ist es sicherlich anders.

Sehen Sie ein Demokratiedefizit in der Vielzahl der Beratungsgremien für Bundestag und Regierung? Letztlich weiß die Öffentlichkeit nicht, wer in welcher Funktion in welcher Kommission sitzt und wer wen berät?

Das Parlament selber verfügt ja über herzlich wenig institutionalisierte Beratung. Bei der Bundesregierung ist das natürlich anders, da gibt es in jedem Ministerium eine Reihe von Arbeitsgruppen. Ich formuliere es mal so: Eigentlich ist es gut, dass sich die Exekutive für bestimmte Fragen Beratungskreise zusammenstellt. Das ist für die Wissenschaft eine Vernetzung mit der Praxis, weil sie lernt, welche Fragen dort gestellt werden. Das ist für die Exekutive gut, weil sie ihren Blickwinkel ändert und in die Zukunft weitet. Ich habe mich stets bereichert gefühlt und suche auch heute das Gespräch. Gute Politiker wissen, dass andere und nicht sie selbst das Notwendige wissen, und sie organisieren es sich systematisch.

Aber tatsächlich ist es so, dass diese institutionalisierte Beratung im Wesentlichen an die Exekutive angedockt ist.

Wenn es um technische Umsetzungen geht, um organisatorisches Wissen, dann spielen ja auch andere Wissensbereiche eine Rolle, in denen kaum wissenschaftliche Berater tätig sind, sondern eher die privaten Beraterfirmen, die tendenziell der öffentlichen Kontrolle entzogen sind.

Oder es sitzen Leute aus der Industrie auf Stühlen in Ministerien als faktische Berater und nehmen eine Zeit lang



fast hoheitliche Aufgaben wahr. Das ist natürlich Lobbyismus und nicht wissenschaftliche Beratung. Regierungshandeln findet zudem geheim statt – nicht nach der Geheimschutzverordnung, aber doch im geschlossenen Raum – und ist eben keine offene politische Debatte, die der breiten Gesellschaft zugänglich ist. Wenn das Parlament diskutiert, sucht es auf eine andere Art und Weise den Kontakt mit der Gesellschaft. Die parlamentarische Diskussion läuft transparent ab, für jeden einsehbar.

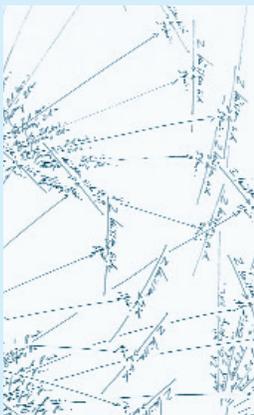
Weil es sich auch um eine gesellschaftliche Debatte handelt, kann sie – anders als die interne Beratung über Satzungen, Verordnungen, Richtlinien und Gesetze in der Exekutive – mit der Zeit den Common Sense und die gesellschaftliche Auffassung über eine Sache verändern oder umgekehrt. Wünschenswert wäre eine Debatte zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, die nach allen Seiten offen und transparent ist. Da ist noch viel zu tun.

Notate und Kompositionen – die Zeichnungen von Jorinde Voigt

Jorinde Voigt, geboren 1977 in Frankfurt am Main, lebt und arbeitet in Berlin. Sie war 2004 Meisterschülerin (Bildende Kunst/Visual Culture Studies) bei Professorin Katharina Sieverding an der Universität der Künste Berlin und erhielt 2006 den Herbert-Zapp-Preis für junge Kunst, 2007 das EHF-Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie den GASAG-Förderpreis Berlin.

»Die Arbeiten von Jorinde Voigt sind Notate und Kompositionen, die Ereignisse aufzeichnen oder fiktive simulieren. Methoden neuer Musik, wie der Einsatz von Pattern und Randomsystemen, finden sich in den grafischen Strukturen ihrer Arbeiten. Inhaltlich wird Hohes mit Trivialem gemischt. Die Künstlerin setzt als Ausgangspunkt ihrer Zeichnungen verschiedene Parameter, aus denen Kompositionen entstehen. Meist Dinge, die gesellschaftlich Symbolcharakter haben oder typisch für unsere Umgebung sind: Adler, Popsongs, Strom, Küsse, Temperaturverläufe, Satelliten, akustische Impulse, Strom, Detonationen etc. werden in meist additiven oder algorithmischen Formationen notiert und unter Angabe von Geschwindigkeit, Distanz, zeitlicher Abfolge und Dauer zueinander in Verhältnis gesetzt. Die Darstellung ist eine sublimiert ästhetische. Die Zeichnung zeigt auf, abstrahiert und ist als Handlungsanweisung im Kopf zu realisieren.« (Galerie Fahnemann / Fahnemann Projects Berlin)

Ganzseitige Abbildungen:



Seite 4: »2 küssen sich« I-V, #1, 2006, 51 x 36 cm, Tinte und Bleistift auf Papier

Seite 12: Detail aus »I« (I/1+I/2 Konglomerat – Diptychon), 2007, 114,5 x 210 cm und 114,5 x 30 cm (insgesamt 114,5 x 240 cm), Tinte und Bleistift auf Papier

Seite 32: »0/12« Nautilus-Serie, 2007, 51 x 36 cm, Tinte und Bleistift auf Papier

Seite 52: »2 küssen sich« I-V, #3, 2006, 51 x 36 cm, Tinte und Bleistift auf Papier

Seite 58: »2 küssen sich 1 bis 34 min., Adler«, 2006, 36 x 26 cm, Tinte auf Papier

Seite 72: Detail aus »O.T. 11–14 #11 [2 küssen sich 1 Minute (1 Paar), nach 100 Minuten küssen sich 2 für 2 Minuten (1 x 2 Paare), nach 99 Minuten küssen sich 2 für 3 Minuten (2 x 3 Paare), nach 98 Minuten küssen sich 2 für 4 Minuten (2 x 3 x 4 Paare) ... + 2 küssen sich 1 Sekunde (1 x 1 Paar), nach 1 Sekunde küssen sich 2 für 2 Sekunden (1 x 1 Paar), nach 3 Sekunden küssen sich 2 für 5 Sekunden (1 x 3 Paare), nach 8 Sekunden küssen sich 2 für 13 Sekunden (3 x 8 Paare) ...]«, 2006, 114,5 x 130 cm, Tinte auf Papier